



Thema	Frage		
		Jens Fischwasser, WK 4	Aferdita Suka, WK 4
<b>Wohnen</b>	Befürworten Sie einen bundesweiten Mietendeckel?	JA	JA
	Sind Sie für Enteignung von Großkonzernen über 3000 Wohnungen zum Zwecke der Vergesellschaftung und Verwaltung durch eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)	NEIN	JA, als letztes Mittel. Unser Ziel sind 50% gemeinwohlorientierte Wohnungen. Dafür machen wir mit dem Mieterschutzschirm ein Angebot. Faire Vermieter*innen erhalten damit Vorteile. Wir nutzen den Druck des Volksentscheids und werden Vergesellschaftung erst vom Tisch nehmen, wenn der Schirm aufgespannt ist.
	Sind Sie dafür, den Anteil von Sozialwohnungen in der Neuen Mitte Tempelhof zu erhöhen?	JA	JA
	Wieviel Prozent?	60%	mindestens 50%
	Sind Sie für eine Bebauung des Tempelhofer Feldes?	JA	NEIN
	Wenn ja, in welcher Art?	Bürgerentscheid soll befinden, ob am Te-Damm und in welcher Art Wohnungen entstehen können. Keine privaten Bauherren, wenn überhaupt Landeseigene oder Genossenschaften. Grundvoraussetzung: Verkehrs-/Mobilitätskonzept zur Bewältigung des erwartbaren Zuwachses an Verkehr und Entlastung des Te-Damms. Sonst sehe ich Randbebauung entlang des Te-Damms kritisch.	
<b>Gesundheit</b>	Halten Sie die Schließung des Wenckebach-Klinikums für unbedingt notwendig?	NEIN	NEIN
	Wenn ja, weshalb?		
<b>Verkehr/Umwelt</b>	Sind Sie dafür, am Tempelhofer und Mariendorfer Damm einen dauerhaften und sicheren Radweg zu schaffen?	JA	JA
	Sind Sie für den Ausbau von Leih-E-Autos und flächendeckenden Ladesäulen, um dem Ziel einer autofreien Innenstadt näher zu kommen?	JA	JA
	Würden Sie eine bessere behindertengerechte Ausgestaltung der Geh- und Verkehrswege im Bezirk umsetzen?	JA	JA
	Würden Sie auf eine unterschiedliche Ampelschaltung für Kraftfahrzeuge und Radler zur Vermeidung von Abbiegeunfällen drängen?	JA	JA
	Halten Sie die Teilprivatisierung der S-Bahn (Nord-Süd, Stadtbahn) für notwendig?	NEIN	NEIN
	Würden Sie ein Verbleiben der S-Bahn für diese Strecken bei der Deutschen Bahn bevorzugen?	JA	NEIN
<b>Bildung</b>	Würden Sie Maßnahmen dafür ergreifen, die Schulabbrecherquote drastisch zu senken?	JA	JA
	Wenn ja, wie?	Schulabbrecherquote ist komplex und im Einzelfall unterschiedlich ausgeprägt. Eine Maßnahme: intensive Beteiligung von Schülern an Gestaltung von Unterricht und Schulalltag und Gewährleistung von personellen und räumlichen Voraussetzungen. Beste Prävention: gutes und lebendiges Schulklima. Aber auch niedrigschwellige Hilfsangebote (z.B. Schulsozialarbeit, Elternarbeit und Hilfskonferenzen) bei Problemen.	Es braucht vor allem mehr und gut qualifiziertes/bezahltes Personal an Schulen, das die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendliche wahrnehmen und berücksichtigen kann. Ein Schulabbruch zeichnet sich in der Regel früher ab. Lehrkräfte und vor allem deutlich mehr Sozialarbeiter*innen an Schulen müssen die Zeit haben, Schüler*innen früh zu unterstützen, wenn sich erste Schwierigkeiten abzeichnen, wie z.B. erste Fehltag, Demotivation, schlechte Noten, etc.
	Würden Sie aktiv für eine Verbesserung der Arbeitssituation in Kitas und Schulen eintreten?	JA	JA
	Würden Sie Maßnahmen zur Digitalisierung in der Bildung vorantreiben?	JA	JA
	Wenn ja, welche?	Ist eine bundesweite Herausforderung. In Berlin ist daher neben Schulbau- auch Digitalisierungsoffensive nötig. D.h. finanzielle Mittel bereitstellen und klare Steuerungsverantwortung festlegen. Kein Ping-Pong der Zuständigkeiten. Wichtig: neben Schulen und kostenfreien Angeboten auch Bibliotheken, Volkshochschulen, bezirkliche Kultureinrichtungen, Musikschulen in den Blick nehmen.	Grüne wollen, dass jede Schule schnellstmöglich einen leistungsfähigen Glasfaser-Netzanschluss, WLAN und ein leistungsfähiges, benutzerfreundliches und pädagogisch sinnvolles Open-Source-Lernmanagement-System erhält. Sie fordern, dass Lehrkräfte und Schülerschaft mit entsprechenden Endgeräten ausgestattet wird, um digitales Lernen zu ermöglichen. Damit Digitalisierung nicht an Geld und Personal scheitert, wollen Grüne IT-Experten an Schulen stärken und Schulen finanziell befähigen, diese einzustellen.
<b>Demokratie</b>	Ist für Sie ein Bürgerentscheid richtungsweisend und umsetzungspflichtig?	JA	JA
	Halten Sie mehr Bürgerbeteiligung in der politischen Arbeit für angemessen?	JA	JA
	Würden Sie Maßnahmen ergreifen, um mehr Bürgernähe herzustellen?	JA	JA
	Würden Sie veranlassen, Eingaben von Bürgern mit einem zeitnahen Zwischenbescheid zu beantworten und einen voraussichtlichen Zeitpunkt für die Antwort zu nennen?	JA	JA
<b>Klima-/Naturschutz</b>	Nehmen Sie die Forderungen der Initiative "Klimanotstand Berlin" ernst?	JA	JA
	Wenn ja, in welcher Form?	Nehme alle Forderungen ernst, wenngleich einige überzogen bzw. nicht vollständig durchdacht sind; z.B. fleischfreie Ernährung als alternativlose Forderung. Maßnahmen müssen von der Mehrheit als plausibel empfunden werden, an die sie anpassen können. Oder Innenstadtverkehr ist ohne ausreichende Ladesäulen nicht auf E-Autos zu begrenzen. Genauso inkonsequent die Verweigerung zum U-Bahnausbau. Dennoch ein klarer Handlungsauftrag an alle politischen Kräfte.	Die Anpassung der Berliner Planung an die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens; die drastische Reduzierung des Treibhausgas-Ausstoßes; Klimaneutralität vor 2040 (in ungünstigem Fall bis 2035); Stopp des Ausbaus der A100 (Verkehrswende für Berlin)
	Sind Sie für die Sicherung von Kleingärten im Bezirk - auch als Maßnahme des Naturschutzes und zum Erhalt der Artenvielfalt?	JA, unbedingt	JA